

«Für uns sind gleich lange Spiesse wichtig»

VADUZ. Als erstes Offshore-Finanzzentrum in Europa hatte sich Liechtenstein 2008 vom Schwarzgeld verabschiedet. Die neue Regierung hält daran fest und ist offen für den automatischen Informationsaustausch, sagt Regierungschef Hasler.

INTERVIEW: STEFFEN KLATT

Wird die Regierung die Weissgeldstrategie weiterführen, die Ihre Vorgängerregierung begonnen hat?

Adrian Hasler: Ja. Das Land hat 2009 die Liechtenstein-Erklärung abgegeben und sich damit ganz klar positioniert. Wir stehen zu unserer Strategie der Steuerkonformität und der grenzüberschreitenden Steuerkooperation nach Massgabe der internationalen OECD-Standards. Dies wird international auch anerkannt. Auch meine Regierung hält an dieser Strategie fest.

Was geschieht mit den Schwarzgeldern, die jetzt ja noch da sind?

Ziel ist es, eine Lösung für die Vergangenheit und die Zukunft zu finden und rechtlich abzusichern. Dies im Interesse des Kunden und des Finanzplatzes, aber auch im Interesse jener Staaten, die ihre Ansprüche geltend machen.

Streben Sie weitere Abkommen an?

Es wird sicherlich neue Steuerabkommen geben. Wir sind daran interessiert, dass wir mit jenen Ländern Abkommen abschliessen können, die für unsere international orientierte Wirtschaft wichtig sind. Wie zum Beispiel die gerade in Kraft getretenen Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland und Grossbritannien. Die Steuerabkommen bieten wichtige Rechts- und Planungssicherheit für unsere Kunden

ZUR PERSON

Adrian Hasler
Regierungschef
und Finanzminister
des Fürstentums Liechtenstein



Adrian Hasler, Jahrgang 1964, ist seit Ende März Regierungschef und Finanzminister des Fürstentums Liechtenstein. Der Betriebswirtschaftler, der an der Universität St. Gallen studiert hatte, führte seit 2004 die Polizei Liechtensteins und arbeitete zuvor bei der VP Bank in Vaduz. (sk)



Die Sorgen im Vaduzer Schloss (hinten) über den heimischen Finanzplatz haben sich verflüchtigt; der LGT Group, der Bank des Fürstentums, geht es wieder bestens. Bild: key

und zeigen auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts für unsere ausländischen Partnerstaaten.

Welche Länder haben Sie im Sinn?

Staaten wie die Schweiz, Frankreich, Italien sowie die USA und andere Länder ausserhalb Europas. In der ersten Phase nach der Liechtenstein-Erklärung wurde versucht, möglichst rasch Abkommen abzuschliessen. Damit haben wir die Umsetzung unserer Verpflichtungen sichtbar dokumentiert. Mittlerweile haben wir über 30 standardkonforme Abkommen zum Steuerinformationsaustausch und einige Doppelbesteuerungsabkommen. Unsere Priorität ist, unser Netz an Doppelbesteuerungsabkommen auszubauen.

Luxemburg akzeptiert künftig den automatischen Informationsaustausch. Wird Liechtenstein folgen?

Wir beobachten diese Entwicklungen sehr genau. Luxemburg hat sich dazu bekannt, nach 2015 den automatischen

Informationsaustausch umzusetzen. Österreich hat sich noch nicht so klar geäussert. Wir lehnen einen automatischen Informationsaustausch nicht per se ab. Aber für uns sind gleich lange Spiesse und klare, vernünftige Regeln wichtig. Und aktuell ist der automatische Informationsaustausch noch nicht OECD-Standard. Der Schutz der Privatsphäre ist und bleibt weiterhin wichtig. Wir sind uns aber auch bewusst, dass der Druck in Europa nach mehr Transparenz zunehmen wird.

Welche Zukunft hat der Finanzplatz Liechtenstein, wenn künftig auf Schwarzgeld verzichtet wird?

Er wird auch in Zukunft attraktiv und wettbewerbsfähig sein. Wir haben sehr gute Rahmenbedingungen, sehr qualifizierte Personen vor Ort und können so auch künftig massgeschneiderte, kundenbedürfnisorientierte Lösungen anbieten. Das Geschäft mit unversicherten Vermögen hat keine Zukunft mehr. Hier hat sich Liechtenstein klar

positioniert. Dafür gibt es neue Chancen. Ich bin überzeugt, dass unsere Finanzplatzakteure das Knowhow haben oder aufbauen werden, damit sie diese Chancen nutzen können.

Wo sehen Sie Chancen?

Chancen bieten sich in unserer Kernkompetenz, der Verwaltung und Strukturierung von privaten und institutionellen Vermögen. Hier ist hohes Knowhow und Innovationskraft vorhanden. Chancen ergeben sich auch daraus, dass wir in zwei Wirtschaftsräumen tätig sind, in der Schweiz und dem EWR.

Wird der Wohlstandsverlust aus wegfallenden Geschäften mit neuen Geschäften aufgefangen werden können?

Das ist eine schwierige Frage. Das hängt auch davon ab, wie diese Transformation in Zukunft weitergeht. Für uns ist klar, dass ein Teil des Geschäfts wegfallen wird. Auf der anderen Seite ergeben sich neue Möglichkeiten, die Potenzial haben und nachhaltig sind.

Finanzplatz erholte sich 2012

Liechtensteins Finanzplatz ist im Aufwind: Die Banken verwalteten 2012 elf Prozent mehr Kundenvermögen, nämlich 184 Milliarden Franken. Zu diesem Wachstum beigetragen haben laut Liechtensteiner Finanzmarktaufsicht die gute Entwicklung der Aktienmärkte, Währungseinflüsse und Neugeldzuflüsse. An neuem Geld flossen 13,2 Milliarden Franken nach Liechtenstein, der Nettozufluss vom Vorjahr wurde damit verdoppelt. Bemerkenswert schloss vor allem die LGT Group ab. Die Bank des Fürstentums verzeichnete allein 10 Milliarden Franken an neuen Kundengeldern und steigerte ihren Gewinn massiv auf 200 Millionen Franken. (sda)

Der Lufthansa fehlt ein VR-Präsident

FRANKFURT. Einen Tag vor der Hauptversammlung hat der frühere Lufthansa-Vorstandschef Wolfgang Mayrhuber seine Kandidatur für den Vorsitz des Aufsichtsrats zurückgezogen – nach Kritik von Aktionären.

ULRICH GLAUBER

Zwei Jahre hatte der 66-jährige Mayrhuber bei Lufthansa pausiert, nachdem er den Vorstandsvorsitz an dessen jetzigen Chef Christoph Franz übergeben hatte. Doch den einflussreichen Anlegerberatern der Institutional Shareholder Services (ISS) reichte diese «Abkühlungsphase» noch nicht, die den Prinzipien verantwortlicher Unternehmensführung (Corporate Governance) geschuldet war. Die ISS riet den ausländischen Miteigentümern, die an der Lufthansa AG rund 36 Prozent der Aktien halten, den Österreicher nicht zum Vorsitzenden des Kontrollgremiums zu wählen.

Den Beratern der institutionellen Anleger war zudem die Häufung der Aufsichtsposten Mayrhubers ein Dorn im Auge. Der ehemalige Lufthansa-Chef leitet den Aufsichtsrat des Halbleiterherstellers Infineon. Zudem gehört er den Kontrollgremien des Rückversicherers Munich Re, der Schweizer Grossbank UBS und von BMW an.

Die gestern in einer Pflichtmitteilung des Konzerns verkündete Personalie zeigt, wie wichtig die Masstäbe von Corporate Governance bei der Besetzung von Spitzenposten in Aktiengesellschaften geworden sind. Doch das allein dürfte nicht alles sein. Denn neben dem Grossanleger Templeton hatte sich auch Union Investment, die Fondsgesellschaft der deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, offen gegen den Ex-Vorstandschef ausgesprochen.

Die Gründe der Anleger dürften ähnliche sein wie jene in einem Brief von Mitarbeitern, der – anonym – im Unternehmen kursiert: Mayrhuber habe als Konzernlenker den Kauf von verlustreichen Konkurrenten wie Brussels Airlines und Austrian Airlines for-



Verzichtet: Wolfgang Mayrhuber. Bild: key

ciert, dabei jedoch Entscheidungen zur Erneuerung der Flotte, zum Ausbau der Billigfluggesellschaft Germanwings oder zur Expansion in Asien vernachlässigt, heisst es da.

Die Entscheidung Mayrhubers ist ein Desaster für den bisherigen Lufthansa-

Aufsichtsratschef Jürgen Weber. Nach 46 Jahren bei der Fluglinie will sich der 71-Jährige bei der heutigen Hauptversammlung aus dem Konzern verabschieden und stand gestern trotz langer Vorbereitung plötzlich ohne Nachfolgekandidaten da. Weber hatte seinem Wunsch kandidaten bis zuletzt die Stange gehalten. «Wir brauchen in diesem Amt einen fundierten Branchenkenner – und das ist Mayrhuber.»

Auch so ist für Konfliktstoff bei der Aktionärsversammlung gesorgt. Der Vorstand unter Christoph Franz schlägt vor, erstmals seit drei Jahren wieder die Dividende zu streichen. Im Geschäftsjahr 2011 hatte die Lufthansa AG trotz Verlusten noch 25 Cent pro Aktie gezahlt. Franz kann zumindest ins Feld führen, dass er mit seinem Sparprogramm «Score» Lufthansa wieder zum Steigflug verhelfen will. Demnach sollen von den 117000 Stellen im Konzern 3500 gestrichen werden – davon 2500 in Deutschland. Mittels «Score» soll das operative Ergebnis bis 2015 um mindestens 1,8 Milliarden Franken verbessert werden.

Odiar: Schweiz muss proaktiv verhandeln

ZÜRICH. Der oberste Schweizer Banker Patrick Odiar drängt auf eine rasche Einigung im Steuerstreit mit den USA. «Klar ist, dass wir schnell eine Lösung für die 13 Banken brauchen, die bereits im Visier der US-Justiz sind und mit einer Anklage rechnen müssen», sagte der Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) gegenüber der «Aargauer Zeitung». Odiar rechnet damit, dass sich «in den nächsten Wochen» entscheiden wird, ob eine Einigung zwischen der Schweiz und den USA zustande kommt. Die SBVg werde «nicht jede Lösung akzeptieren», mahnte Odiar. So verlange der Verband, dass der Steuerstreit damit «endgültig beendet» wird. Auch mit der EU müsse die Schweiz eine rasche Lösung finden. Sie müsse mit der EU proaktiv verhandeln, um die Vergangenheit mit den unversicherten Geldern auf Schweizer Banken zu bewältigen und einen besseren Marktzugang zu erhalten, so Odiar. «Wenn wir die Vergangenheit geregelt haben, können wir offener gegenüber neuen Standards wie dem automatischen Informationsaustausch sein.» (sda)